

Als kleinteilige Handlungsoptionen benennt Herr Otten Folgende:

- Bauliches Unterbinden des Parkens an Einmündungen („5-Meter-Bereich“), wie beispielsweise bei der Einmündung der Rembrandtstraße in die Georg-Gröning-Straße.
- Baumschutzmaßnahmen, zum Beispiel in der Donandtstraße: Hier sei dies, da Einbahnstraße, ohne Parkplatzverlust möglich.
- Herstellung des Schutzes von Engstellen an Gehwegen durch zum Beispiel Poller oder Anordnung eines Halteverbots, beispielsweise in der Brahmsstraße.
- Ordnen des aufgesetzten Parkens nach dem „Neustädter Modell“: Ausweisung offizieller Parkplätze durch zum Beispiel Markierungen, wobei auf einer Seite des Gehwegs mindestens 2 Meter sowie auf der anderen Seite mindestens 1,50 Meter freigehalten würden. Das Problem sei die kritische Bordsteinhöhe ab 8 cm, da bei Freigabe Schäden an Kfz gegenüber der Stadt rechtlich geltend gemacht werden könnten.

Zudem gebe es einige generelle Handlungsoptionen:

- Stärkere Lenkung der Besucherverkehre des Krankenhauses St. Joseph-Stift, wie in die dazugehörige Tiefgarage.
- Bewohnerparken-Regelung für den Bereich zwischen Hollerallee und Schubertstraße, wie dies bereits im Barkhof-Viertel erfolge.³
- Ausbau der Car-Sharing-Angebote, insbesondere im Ortsteil Bürgerpark, da diese zu einer starken Entlastung des Parkdrucks führten.
- Keine Ermöglichung von Stellplatzablöse bei der Erteilung von Baugenehmigungen.
- Rechtsgutachterliche Prüfung, ob Haftung bei legalisiertem aufgesetzten Parken an Nutzer/innen übergehen könne.

Des Weiteren könne gemäß Herrn Otten unter anderem geprüft werden, ob das Stellplatzangebot am Krankenhaus erhöht werden könne oder ob das Parkhaus St. Joseph-Stift zu schwach ausgelasteten Zeiten von Anwohner/innen genutzt werden könne, beispielsweise nachts.

Herr Dr. Volkmann merkt an, dass die im Gutachten angeregten Handlungsoptionen, mit Ausnahme der unter Erhaltung der Parkplätze durchzuführenden Baumschutzmaßnahme in der Donandtstraße, zu einer Erhöhung des Parkdrucks führten.

Gemäß Herrn Heck sowie Herrn Pastoor wiesen die Untersuchungsergebnisse, über das gesamte Quartier betrachtet, auf keinen allzu hohen Parkdruck hin. Sie betonten, dass insbesondere auch die Sicherheit für Fußgänger/innen Berücksichtigung finden solle. Herr Dr. Schober stimmt dem zu.

Der Fachausschuss einigt sich bezüglich des weiteren Verfahrens darauf, dass die Ergebnisse zunächst in der Arbeitsgruppe Verkehr beraten werden, die um Herrn Dr. Große Herzbruch erweitert wird. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden anschließend auf einer Verkehrsausschuss- und / oder Beiratssitzung erörtert. Ziel ist, Konsens zu den umzusetzenden und aus dem Stadtteilbudget zu finanzierenden Maßnahmen zu erlangen.

TOP 2: Stadtteilbudget Verkehr

Der Beirat hatte am 08.12.2016 mehrheitlich den Beschluss gefasst, den Rückbau bzw. Umbau der Grundstücksüberfahrten am Schwachhauser Ring, beginnend ab der Schwachhauser Heerstraße mittels des Stadtteilbudgets umzusetzen.⁴ Der Beirat Schwachhausen stellt für diese Maßnahme 25.000,00 € aus seinem Budget zur Verfügung; der Verkehrssenator (ASV) hat zugesagt, sich mit weiteren 25.000,00 € zu beteiligen.⁵ Mit diesen Mitteln sollen auch öffentliche Parkplätze angelegt werden.

³ Zum Bewohnerparken siehe auch: <http://www.asv.bremen.de/verkehrsthemen/bewohnerparken-1873>.

⁴ Nähere Informationen finden sich in dem Beiratsprotokoll vom 08.12.2016 unter http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/schwachhausen/beirat/protokolle_2016-14344.

⁵ Siehe Anlage 2 des Protokolls der Planungskonferenz vom 26.01.2017 unter <http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/schwachhausen/planungskonferenzen-4526>.

Herr Witte stellt seinen Bürgerantrag „Auskunftsersuchen Stadtteilbudget 2016/17“ vor.⁶ Er vertritt die Auffassung, dass die formalen Vorgaben für die Umsetzbarkeit der Maßnahme am Schwachhauser Ring hinsichtlich der Folgekosten, Wirtschaftlichkeit und dem Zweck der Mittelverwendung nicht erfüllt seien. Herr Heck verliest die von ihm zusammengetragenen Antworten auf die Fragen des Bürgerantrags.⁷ Er ergänzt auf Nachfrage, dass die vom Beirat beschlossenen Mittel in Höhe von 25.000,00 € als Haushaltsansatz zu verstehen seien und für die Kostenermittlung das ASV zuständig sei. Die Pflege der Grünfläche werde auch künftig vom zuständigen Amt durchgeführt, sodass keine Folgekosten entstünden.

Frau Dr. Mathes weist auf das Verfahren bezüglich des Stadtteilbudgets hin: Die Vorschläge von Bürger/innen, des Beirats, aus dem unter TOP 1 vorgestellten Gutachten etc. würden zunächst gesammelt und heute erstmalig unter diesem Tagesordnungspunkt beraten. Nachdem der Beirat Prioritäten festgelegt habe, würden die Vorschläge dem ASV mitgeteilt. Das ASV nehme dann eine Kostenschätzung und Wirtschaftlichkeitsprüfung vor und prüfe, ob die Maßnahme generell umgesetzt werden könne. Das Ergebnis werde dem Ortsamt mitgeteilt und erst dann erfolge die endgültige Entscheidung im Beirat, ob die Maßnahme umgesetzt werden solle. Bezüglich der geplanten Maßnahme am Schwachhauser Ring solle derzeit die Kostenschätzung durch das ASV vorgenommen werden. Das Verfahren stocke jedoch im Moment, da von Seiten des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr das Anlegen öffentlicher Parkplätze auf Straßenbegleitgrün nicht gewollt sei. Da es sich aufgrund des Stadtteilbezugs aber um eine Beiratsangelegenheit handele, werde diese grundsätzliche Frage momentan geklärt.

Die Meinungen der Anwohner/innen des Schwachhauser Rings stellen sich wie folgt dar:

- Es handele sich bei den mehrheitlichen Beiratsbeschlüssen um einen „ideologischen Klassenkampf“, bei dem Parkmöglichkeiten zugunsten einiger Meter Grünfläche weggenommen werden sollen. Niemand störe sich an den in den Auffahrten parkenden Pkw.
- Es gebe weitaus wichtigere Maßnahmen, die mit den knappen Haushaltsmitteln umgesetzt werden sollten, wie die Ausbesserung der Gehwege, so auch am Schwachhauser Ring.
- Die Schaffung von Stellplätzen auf dem eigenen Grundstück führe zu weiteren Versiegelungen.
- Durch die Umsetzung der Maßnahme würde die Anzahl an Pkw nicht abnehmen und hätte zur Folge, dass der Parkdruck in den Seitenstraßen erhöht werde.
- Die Anwohner/innen betonen, dass sie überwiegend selbst die Grünfläche pflegten und dass die Breiten der Überfahrten größtenteils von der Stadt selbst gesetzt worden seien.
- Vor allem für ältere Menschen seien die künftig längeren Wege nicht zumutbar.
- Es stellt sich die Frage nach dem Nutzen der geplanten Maßnahme, zumal die Fläche nicht anderweitig, etwa als Aufenthaltsort genutzt werde.

Herr Heck betont, dass sie das öffentliche Interesse über das private Interesse stellten und verweist diesbezüglich auf das Urteil des Staatsgerichtshofs St 2/91 vom 07.08.1991, das besagt, dass sich das Handeln der Beiratsmitglieder nach dem Allgemeinwohl zu richten habe und sie sich bei der Ausübung ihrer Entscheidungsbefugnisse nicht nach dem Senat richten müssten.⁸ Bei Maßnahmen aus dem Stadtteilbudget könne es sich nur um kleinere Maßnahmen nach § 10 Beirätegesetz handeln, das heißt, um „verkehrslenkende, -beschränkende und -beruhigende Maßnahmen, soweit diese stadtteilbezogen sind“.⁹ Die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen sei Aufgabe des ASV.

Herr Dr. Volkmann äußert sich dahingehend, dass bezüglich der Maßnahmen am Schwachhauser Ring keine Berechnung von Wirtschaftlichkeit und Folgekosten erfolgt sei.

Herr Pastoor ergänzt, dass es sich bei Straßenbegleitgrün nicht um eine Parkfläche handele und Parkflächen nicht selbst geschaffen werden dürften. Manche fühlten sich durch die parken-

⁶ Der Bürgerantrag ist dem Protokoll als **Anlage 2** angefügt.

⁷ Die Antworten sind dem Protokoll als **Anlage 3** angefügt.

⁸ Siehe Anlage 3.

⁹ Zum Ortsbeirätegesetz siehe: <https://beck-online.beck.de/?vpath=bibdata%2Fges%2FBrOBG%2Fcont%2FBrOBG%2EP10%2Ehtm>.

den Autos gestört und hätten beispielsweise den Wunsch geäußert, die Fläche für Straßenfeste nutzen zu wollen; andere äußern den Anspruch, ebenfalls im Straßenbegleitgrün parken zu dürfen. Auch Herr Dr. Schober sieht die Gefahr einer Zunahme des rechtswidrigen Parkens und dadurch eines weiteren Rückgangs der Grünflächen. Dahingegen erachtet die CDU die Durchführung anderer Maßnahmen im Stadtteil für wichtiger.

Herr Hasselmann betont, dass seine Fraktion dem Umbau nur unter der Maßgabe der zeitgleichen Schaffung öffentlicher Parkplätze am Schwachhauser Ring zugestimmt hatte und schlägt vor, noch einmal mit den Bürger/innen das Gespräch zu suchen.

Frau Dr. Mathes lässt über das von Herrn Heck entworfene Antwortschreiben an den Bürgerantragsteller abstimmen. Mit zwei Gegenstimmen erhält das Schreiben keine Einstimmigkeit und gilt damit nicht als Beiratsbeschluss. Es wird daher auf der kommenden Beiratssitzung am 23.03.2017 erneut aufgerufen.

Frau Dr. Mathes erinnert daran, dass die Höhe des Stadtteilbudgets für die Jahre 2016 und 2017 133.778,00 € betrage. Abzüglich der 25.000,00 € für die Maßnahme am Schwachhauser Ring verbleibe eine Restsumme in Höhe von 108.778,00 €. Als bisher eingegangene Vorschläge benennt sie:

1. Die bauliche Herstellung und Beschilderung eines Beidrichtungsradwegs in der Konrad-Adenauer-Allee zwischen Kurfürstenallee und Barbarossastraße.¹⁰ Die Kosten betragen gemäß dem ASV voraussichtlich 35.300,00 €, wobei der Beiratssprecher Vahr geäußert hat, dass er sich vom Beirat Vahr die Übernahme ca. 9.000,00 € vorstellen könne.
2. Die Verbesserung der Fahrradwege im Bereich Schubertstraße und Benquestraße. Der Vorschlag sei als Bürgeranregung eingebracht worden.
3. Das Anbringen einer Rundbank um die Linde an der Ecke Schwachhauser Ring/ Wachmannstraße/ Donandtstraße.¹¹ Dieser Bürgerantrag wurde vom Beirat begrüßt und dem ASV zur Prüfung vorgelegt. Aufgrund von Folgekosten könnten hierfür jedoch keine Globalmittel verwendet werden.
4. Die Herstellung von Baumschutzmaßnahmen in der Donandtstraße im Abschnitt zwischen Schwachhauser Heerstraße und Georg-Gröning-Straße, wie unter TOP 1 im Gutachten vorgestellt. Entsprechende Maßnahmen seien im Abschnitt zwischen Wachmannstraße und Georg-Gröning-Straße bereits vor Längerem umgesetzt worden.
5. Entsigelung der geteerten Flächen in der Kirchbachstraße zwischen Scharnhorststraße und Kleiner Kirchbachstraße.¹²

Auf Nachfrage von Herrn Witte erwidert Frau Dr. Mathes, dass die unter anderem von der Schule erwünschte Ampel in der Wachmannstraße/ Carl-Schurz-Straße vom Beirat als Haushaltsantrag eingebracht worden sei und daher nicht in dieser Auflistung enthalten sei.¹³

Zu Punkt 1 wird von Seiten des Fachausschusses angemerkt, dass

- die aus dem Schwachhauser Stadtteilbudget zu übernehmende Summe zu hoch sei, da der größere Teil des Abschnitts in der Vahr liege,
- die Maßnahme zwar wünschenswert sei, aber der komplette Kreuzungsbereich „Kurfürstenallee/Kirchbachstraße betrachtet werden und Berücksichtigung finden müsse,
- primär Bereiche fokussiert werden sollten, bei denen die Verkehrssicherheit beeinträchtigt sei.

¹⁰ Nähere Informationen finden sich in dem gemeinsamen Protokoll der Fachausschüsse „Verkehr“ sowie „Bau, Verkehr und Umwelt“ (Vahr) vom 26.10.2016 unter http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/schwachhausen/fachausschuesse/protokolle_2016-14181#Verkehr.

¹¹ Weitere Informationen finden sich in dem Protokoll des Fachausschusses „Energie, Umwelt und Stadtentwicklung“ vom 11.10.2016 unter http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/schwachhausen/fachausschuesse/protokolle_2016-14181#Energie.

¹² Siehe TOP 3 „Ergebnisse des Jour Fixe mit Polizei und ASV“.

¹³ Siehe Beiratsbeschluss vom 23.02.2017 unter

http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/schwachhausen/beirat/beschluesse_2017-20743.

Da mit Ausnahme des Punktes 4 augenscheinlich kein einstimmiger Beschluss zustande käme, schlägt Frau Dr. Mathes vor, dass die Vorschläge unter Einbeziehung des Verkehrsgutachtens zunächst in den Fraktionen beraten werden. Die Fachausschussmitglieder stimmen dem zu und streben an, auf der Beiratssitzung am 26.04.2017 eine Prioritätenliste möglicher Maßnahmen zur Prüfung und Kostenkalkulation abzustimmen, die mit Mitteln aus dem Stadtteilbudget finanziert werden könnten.

TOP 3: Verschiedenes

Anhörung: Absolutes Halteverbot in der Friedhofstraße

Frau Dr. Mathes teilt mit, dass – hervorgegangen aus einer Anregung eines Bürgers – in der Friedhofstraße zwischen Schwachhauser Heerstraße und Riensberger Straße ein absolutes Halteverbot („Z 283“) angeordnet werden solle, da aufgrund von dort parkender Kfz keine Begegnungsverkehre stattfinden könnten und sich der Verkehr teilweise bis in die Schwachhauser Heerstraße zurückstauet.

Der Fachausschuss „Verkehr“ stimmt dieser Maßnahme einstimmig zu.

Ortstermin: Ampelschaltung und Grünpfeil in der Hermann-Böse-Straße/ Hohenlohestraße

Ein Bürger hatte in der Sitzung des Fachausschusses „Verkehr“ am 20.12.2016 darauf hingewiesen, dass der Radverkehr auf dem Radweg in stadtauswärtiger Richtung, wenn auf der Hermann-Böse-Straße die Hohenlohestraße überquert werde, trotz Grün am Kombisignal das Autofahrersignal beachtet werden müsse, das noch mehrere Sekunden länger Rot zeige. Aufgrund des Nichtbeachtens sei er von der Polizei verwarnt worden. Die Polizei hatte in der Sitzung bestätigt, dass an dieser Stelle die Pkw-Ampel beachtet werden müsse. Daraufhin wurde beschlossen, dort eine Ortsbegehung mit Vertretungen des ASV und der Polizei durchzuführen, um über die Taktung der Ampel zu beraten.¹⁴ Zudem sollte im Zuge des Ortstermins über die Wegnahme des grünen Pfeils beraten werden, der sich, vom Bahnhof kommend, an der Ampel Hohenlohestraße/ Ecke Hermann-Böse-Straße befindet.

Wie Frau Dr. Mathes mitteilt, habe der Ortstermin ergeben, dass das ASV keinen Nachsteuerungsbedarf hinsichtlich der Ampelschaltung sehe. Gemäß Auffassung des ASV hätten Radfahrende die Lichtzeichen des Weges zu beachten, den sie nutzen. In dem genannten Fall sei der Radweg nicht benutzungspflichtig. Nutzten Radfahrende die Straße, müssten sie die Ampel für Pkw beachten, nutzten sie den Radweg, müsse das Kombisignal beachtet werden. Da bei der Polizei bzw. beim Senator für Inneres eine andere Auffassung vertreten werde, befänden sich die entsprechenden Dienststellen derzeit in Gesprächsverhandlungen, um eine einheitliche und rechtssichere Regelung festzulegen.

Bezüglich des Grünpfeils seien laut Polizei bisher keine besonderen Gefährdungen aufgetreten. Auch das ASV sehe keine Notwendigkeit den Grünpfeil zu demontieren. Sollte sich die Sachlage ändern oder der Beirat sich für eine Demontage aussprechen, könne der Pfeil laut ASV sicherlich demontiert werden.

Antwortschreiben ASV: Prüfung der Farbänderung von Pollern

Frau Dr. Mathes verweist auf ein Antwortschreiben vom ASV zu der gestellten Anfrage, ob die in Bremen derzeit verwendeten Poller mit einer gelben Farbgebung versehen werden könnten, da diese von Personen mit eingeschränkter Sehfähigkeit besser erkannt würden.¹⁵

Antwortschreiben ASV: Sanierung der Bürgermeister-Spitta-Allee

¹⁴ Nähere Informationen finden sich in dem entsprechenden Protokoll unter http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/schwachhausen/fachausschuesse/protokolle_2016-14181#Verkehr.

¹⁵ Das Schreiben ist dem Protokoll als **Anlage 4** angefügt. Weitere Informationen sind in dem gemeinsamen Protokoll der Fachausschüsse „Verkehr“ und „Integration, Soziales und Kultur“ vom 20.12.2016 zu finden unter http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/schwachhausen/fachausschuesse/protokolle_2016-14181#Verkehr.

Frau Dr. Mathes verweist auf ein Antwortschreiben vom ASV zur vom Beirat gewünschten Stellungnahme.¹⁶ Herr Dr. Schober merkt an, dass die erbetenen Stellungnahmen in dem Schreiben nicht erfolgt seien. Frau Dr. Mathes weist darauf hin, dass Beiratsmitglieder jederzeit Anträge einbringen könnten.

Ergebnisse des Jour Fixe mit Polizei und ASV

Gemäß Frau Dr. Mathes habe kürzlich ein Treffen mit Vertreter/innen der Polizei und des ASV stattgefunden, bei der auch zwei Anliegen aus der letzten Sitzung des Fachausschusses „Verkehr“ behandelt worden seien:

- Schlechte Sichtbeziehungen aufgrund parkender Pkw im Kreuzungsbereich an der Ecke Emmastraße/ Crüsemannallee: Dieser Hinweis sei mit der Bitte einer stärkeren Überwachung an die Polizei weitergegeben worden. Die fachliche Einschätzung des ASV habe ergeben, dass es sich um eine großzügig angelegte Kreuzung handele, bei der ein Vortasten des Kfz-Verkehrs erforderlich sei, aber keine Einschränkung der Verkehrssicherheit gesehen werde.
- Widerrechtliches Parken in der Kirchbachstraße zwischen Scharnhorststraße und Kleiner Kirchbachstraße auf den geteerten Flächen zwischen Straße und Radweg: Frau Dr. Mathes berichtet, dass die geteerten Flächen aufgrund von Baumschutzmaßnahmen durch Poller abgesperrt seien, da der vorhandene Platz für das Rangieren von Kfz nicht ausreiche. Die Polizei werde diesen Bereich weiterhin überwachen. Ein Vorschlag sei, diese Flächen mit Mitteln aus dem Stadtteilbudget zu entsiegeln, einen durchgängigen Grünstreifen zu schaffen und Baumschutzbügel anzubringen. Hier zeige sich gemäß Frau Dr. Mathes, dass Poller oftmals nicht die erwünschte Wirkung erzielen, da hier Pkw-Fahrende den Rad- und Gehweg überfahren, um auf diesen Flächen zu parken.

Bericht zu Verkehrserhebungen mittels Videotechnik

Herr Hasselmann verweist auf einen Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zu einer von der FDP erbetenen Auskunft zu Verkehrserhebungen mittels Videotechnik.¹⁷

Falschparker in der Kirchbachstraße

Herr Hasselmann weist auf Falschparker neben der Einfahrt der Sparkasse Bremen in der Kirchbachstraße hin. Die Polizei nimmt diesen Hinweis mit.

Beauftragung von Maßnahmen mit Mitteln aus dem Stadtteilbudget

Gemäß Herrn Heck habe eine anwaltliche Prüfung ergeben, dass die Vergabe von Aufträgen für Maßnahmen, die aus dem Stadtteilbudget finanziert werden, ohne das ASV erfolgen könne. Er schlägt daher vor, diesbezüglich ein Gespräch mit der Senatskanzlei als übergeordnete Dienststelle des Ortsamtes zu führen. Der Vorschlag wird kontrovers diskutiert und findet keine Mehrheit.

Termin für die nächste Fachausschusssitzung: **Donnerstag, 20.04.2017, 18:30 Uhr.**

Sprecher	Vorsitzende	Protokoll
Dr. Volkmann	Dr. Mathes	Kahle

¹⁶ Das Schreiben ist dem Protokoll als **Anlage 5** angefügt. Der Antrag zur Sanierung der Bürgermeister-Spitta-Allee ist dem Beiratsprotokoll vom 23.02.2017 als Anlage 6 angefügt und zu finden unter http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/schwachhausen/beirat/protokolle_2017-21127. Weitere Informationen finden Sie zudem in dem letzten Protokoll des Fachausschusses „Verkehr“ vom 16.01.2017 unter http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/schwachhausen/fachausschuesse/protokolle_2017-21038#Verkehr.

¹⁷ Der Bericht ist zu finden in der Vorlage für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft am 23.02.2017: [Verkehrserhebungen mittels Videotechnik \(pdf, 40.7 KB\)](#).